

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

30.4.1931 (No. 100)

Expedition:
Karlsrueher-
Strasse Nr. 14
Gemülvrecher
Nr. 255
und 254
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. H. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Postgebühren: — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und beweisert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontakverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anzeiger keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanbeteileger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Zollmaßnahmen

Besprechungen des Kanzlers mit den Sozialdemokraten und dem Landvolf

Am Mittwoch hatten die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Abgeordneten Dr. Dreifeld, Dr. Herz und Dr. Disserding eine eingehende Besprechung mit Reichskanzler Dr. Brüning. Sie erklärten, die Fraktion lege den größten Wert darauf, daß die Regierung die gesetzliche Verpflichtung erfüllt, den Roggenpreis auf dem Stande des letzten halben Jahres zu halten. Die Verbilligung dürfte nicht durch eine Verschlechterung der Qualität herbeigeführt werden, sie sei vielmehr durch die Ermäßigung der Zölle zu erreichen. Auch die sonst geplanten Zollmaßnahmen seien geeignet, die Lebenshaltung zu verteuern, den Industrieexport zu beeinträchtigen und damit die Arbeitslosigkeit zu vermehren. Reichskanzler Dr. Brüning erklärte, daß die Reichsregierung die Absicht habe, den Brotpreis auf dem alten Stand zu halten. Auf welchem Wege die Verbilligung durchgeführt werde, darüber werde das Kabinett sehr bald entscheiden. Es wird an eine Senkung des Weizenzolles, für ein Einfuhrkontingent und an eine Änderung des Brotpreises gedacht werden, wodurch die Herstellung eines etwas geringwertigeren Brotes ermöglicht werden könnte.

Außerdem wurde in der Besprechung noch die Finanzlage der öffentlichen Körperschaften behandelt, und im Zusammenhang damit kamen auch die sozialpolitischen Maßnahmen zur Hebung der Arbeitslosigkeit, zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Sicherung der sozialen Leistungen zur Sprache. Aus den Erklärungen des Kanzlers ergab sich, daß die Beratungen des Kabinetts über diese Fragen noch nicht abgeschlossen und Entscheidungen in der unmittelbaren Zukunft nicht zu erwarten sind.

Der „Vorwärts“ bemerkt zu der Besprechung, daß man die Maßnahmen der Regierung nun zunächst abwarten müsse, daß aber die Besorgnisse der sozialdemokratischen Partei durch die Erklärungen des Kanzlers noch keineswegs völlig zerstreut seien. Immerhin glaubt man in politischen Kreisen, daß die Besprechung doch bereits zu einer gewissen Entspannung beigetragen hat.

Am Mittwoch empfing ferner der Reichskanzler auch noch den Landvolkfürher Dr. Gerke. In dieser Besprechung wurde ebenfalls die gesamtpolitische Lage erörtert. Vorher hatte Dr. Gerke noch eine Unterhaltung mit dem Reichsernährungsminister, die sich naturgemäß besonders auf die Zollforderungen der Landwirtschaft bezog.

Die Landgemeinden

zur Arbeitslosenfürsorge

Am 24. und 25. April tagte in Baden-Baden der Gesamtvorstand des Deutschen Landgemeindetages, um über die Arbeitslosenfürsorge und die finanzielle Lage der Gemeinden zu beraten. Neben einer Reihe hochaktueller Referate über das Gebiet der Reichsarbeitslosenfürsorge und die Wohlfahrtslasten der Landgemeinden wurde als Ergebnis der Aussprache eine Entschließung gefaßt, in der eine Änderung der bisherigen Handhabung in der Wohlfahrtsdienstleistungen durch eine beschleunigte Reform der Arbeitslosenversicherung gefordert wird. Als besonders dringlich wird die Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge angesehen, in der die bisherige Kräfte- und Wohlfahrtsdienstleistungen zusammengefaßt ist. An den Kosten soll das Reich mit 50 Proz., die Länder mit 35 Proz. und die Gemeinden mit 15 Proz. beteiligt sein.

Gegen unnatürliche Steigerung des Verbrauchs

Falsche amerikanische „Geschäftsphilosophie“

W.D. New York, 30. April. (Tel.) Die in Atlantic City stattfindende Jahresversammlung der amerikanischen Handelskammern belam durch die geistreiche Rede des Präsidenten des amerikanischen Bankierverbandes, Stephens, ihr besonderes Gepräge. Stephens tabelte die „falsche Geschäftsphilosophie“, die während der letzten Jahre darauf eingestellt war, den Verbrauch unnatürlich zu steigern, so daß jetzt auf Jahre hinaus die amerikanische Wirtschaft mit Zahlungen für die in einer so kurzen Frist unüberhältnismäßig gesteigerten Lebenshaltung belastet wäre. Die Forderung nach einer Sozialisierung der amerikanischen Wirtschaft müßte entschieden weite Kreise erfassen, wen die Waise der Bevölkerung zur Ansicht gelangte, daß die Geschäftswelt der Vereinigten Staaten Krankenhäuser baute.

Italienfeindliche Kundgebungen in Syrien

W.D. London, 30. April. (Tel.) „Times“ meldet aus Sairo, die Blätter hatten Berichte über angebliche Grausamkeiten italienischer Truppen in Libyen, besonders bei der Eroberung von Austra, veröffentlicht. Diese Berichte beruhten auf Erzählungen flüchtender Beduinen, die händig über die Grenze kamen. — In Tripolis (Syrien) kam es, wie es in der „Times“-Meldung weiter heißt, vor dem italienischen Konsulat zu einer Italien feindlichen Kundgebung von Mohammedanern, wobei einige Fenstersteine des Gebäudes eingeworfen wurden. Die Gendarmerie, die eingutreten versuchte, verlor einen Toten und mehrere Verletzte.

Der neue spanische Botschafter in Berlin wird Prof. Americo Castro. Die deutsche Regierung hat ihr Einverständnis bereits erteilt.

Letzte Nachrichten

Zur politisch-parlamentarischen Lage

Krise wegen der Agrarzölle vermieden — Die ungeliebten Sozialfragen

M. Berlin, 30. April. (Priv.-Tel.) In Berliner Morgenblättern wird zum Teil behauptet, daß die heutige Kabinettsitzung vertagt worden sei. In Wirklichkeit ist überhaupt keine Kabinettsitzung angesetzt worden und es dürfte sich vorläufig auch eine weitere Sitzung erübrigen, da gestern bereits über die vorläufigen Maßnahmen eine völlige Einigung erzielt worden ist. Das gilt jedoch nur für die Zollfragen. Voraussichtlich wird noch im Lauf des heutigen Tages oder spätestens morgen ein amtliches Kommuniqué mit entsprechenden Mitteilungen erscheinen. Wie es heißt, steht eine Weizenzollerhöhung für ein bestimmtes Kontingent bevor, ebenso Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie Speck usw., jedoch noch keine Butterzollerhöhung, die vertagt worden ist.

Nicht gelöst sind vorläufig natürlich die sozialpolitischen Fragen, die auch in den gestrigen Besprechungen zwischen den Sozialdemokraten und dem Reichskanzler eine erhebliche Rolle gespielt haben. Zum Teil werden sie wohl zurückerstattet werden müssen, bis der endgültige Bericht der Brauns-Kommission vorliegt. Man nimmt jetzt an, daß das nicht vor Mitte Juni der Fall sein wird, so daß die entsprechenden Verhandlungen erst dann beginnen.

In politischen Kreisen sieht man die kritischen Erscheinungen der letzten Tage als zunächst abgeschlossen an, dagegen glaubt man nicht, daß die Woche nach Geuers (nach Pfingsten) ohne jede Gefahr verlaufen wird, weil in der Sozialdemokratie — das hat sich besonders auf dem Berliner Bezirksparteitag gezeigt — der Radikalismus wieder einmal stark im Vordergrund ist. In diesem Sinn muß auch die Drohung des „Vorwärts“ mit dem Antrag auf vorzeitige Einberufung des Reichstags für den Sommer bewertet werden.

Eine unzutreffende Nachricht über die Zollunion

M. Berlin, 30. April. (Priv.-Tel.) Der „Völkische Beobachter“ behauptete, daß Vertreter der Reichsregierung führenden Journalisten gegenüber erklärt hätten, man rechne damit, daß die Zollunion in Genf nicht durchzuführen sei. Man müsse sie deshalb als Kompensationsobjekt für andere Zugeständnisse verwenden. Diese Meldung ist auch in ausländische Blätter übergegangen und bereits vom deutschen Gesandten in Prag demontiert worden. Wir sind ermächtigt, die Nachricht von A bis Z für unwahr zu erklären.

Die deutsch-rumänischen Verhandlungen

M. Berlin, 30. April. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, werden die deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen am 5. Mai in Bukarest wieder aufgenommen. Deutscher Delegationsführer ist wie bisher immer Ministerialdirektor Post. Vom Auswärtigen Amt nimmt Legationsrat Windel an den Verhandlungen teil.

Bakterienungen gegen die Aufhebung des Nachtbrotverbotes

W.D. Berlin, 30. April. (Priv.-Tel.) In einer Eingabe an den Reichskanzler Dr. Brüning und die Minister Schiele, Stegerwald, Trenkelburg und Dietrich, wendet sich der Zentralverband deutscher Bäckerinnungen „Germania“, gegen die vom Reichslandbund geforderte Aufhebung des Nachtbrotverbotes. Er bedauert, daß die Spitzenorganisation der deutschen Landwirtschaft in dieser großen kulturellen und sozialen Frage gegen das deutsche Bäckerhandwerk vorgehe, wo doch der Nachweis, daß eine Abschaffung des Nachtbrotverbotes zu einer Preissteigerung führen könne, noch nicht gelungen sei. Der Verband „Germania“ beruft sich auch darauf, daß in dieser Frage Arbeitnehmer und Arbeitgeber völlig einig seien.

Die französische Präsidentenwahl

Magniot Kandidat der Rechtsparteien

W.D. Paris, 30. April. Die französischen Rechtsparteien beabsichtigen, wie „La République“ berichtet, mit Kriegsminister Magniot als Hauptkandidaten in den Kampf um die Nachfolge Doumergues als Präsident der Republik zu gehen. Am die Kandidatur und den Sieg Magniots sicherzustellen, leiteten die Rechtsparteien bereits den Kampf gegen den ebenfalls rechtstehenden Kandidaten, Senatspräsidenten Doumer, ein.

Die öffentlich-rechtlichen Zweckverbände

Neben den Gebietskörperschaften im eigentlichen Sinne (Reich, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände) gibt es in Deutschland noch eine große Anzahl selbständiger Träger von öffentlichen Aufgaben: das sind die Zweckverbände. Man versteht darunter Vereinigungen öffentlichen Rechts, zu denen sich mehrere Gebietskörperschaften zusammenschließen, um eine bestimmte öffentliche Aufgabe gemeinsam durchzuführen. Zweckverbände werden am häufigsten von kleineren, insbesondere von Landgemeinden zur Erfüllung von sogenannten Kammereiaufgaben (z. B. im Schulwesen, Fürsorgewesen, Begebau usw.) gebildet. Aber auch größere Gemeinden schließen sich vielfach untereinander oder mit Gemeindeverbänden zur Erfüllung bestimmter Aufgaben zusammen; in diesen Fällen handelt es sich meist um wirtschaftliche Zwecke, wie Wasser- oder Elektrizitätsversorgung, Bodenversorgung u. a. An solchen Zweckverbänden, deren Arbeitsfeld sich meist über einen größeren Bereich erstreckt, sind mitunter auch die Länder und das Reich beteiligt.

Rechtliche Grundlagen für die Bildung von Zweckverbänden sind zumeist die Gemeindeordnungen. Manche von diesen Verbänden aber, insbesondere Schulverbände, Wassergenossenschaften u. a., beruhen auf besonderen Gesetzen der Länder. Das Statistische Reichsamt hat nun kürzlich, als es sich darum handelte, die Schulden der Gebietskörperschaften statistisch zu erfassen, auch Erhebungen über die öffentlich-rechtlichen Zweckverbände veranstaltet, und diese Erhebungen haben umfangreiches Material über die Verbreitung und die Aufgabengebiete dieser Zweckverbände ergeben. Ein allgemeiner Überblick über die gesamte Wirksamkeit der Zweckverbände ist im zweiten Märzheft der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ vom Statistischen Reichsamt veröffentlicht worden.

Im gesamten Reichsgebiet wurden im Jahre 1929 14 329 Zweckverbände gezählt. Außer acht gelassen wurden Verbände, die nicht ausschließlich öffentlichen Charakter haben, wie zum Beispiel die Reichverbände und ein großer Teil der Wassergenossenschaften, an denen der private Grundbesitz bzw. die Anlieger maßgebend beteiligt sind. Nicht einbezogen wurden ferner die Verbände auf dem Gebiete des Kredit- und Versicherungswesens, insbesondere die Sparcassen- und Stroverbände.

Verhältnismäßig am zahlreichsten sind Zweckverbände in den Ländern Sachsen, Baden, Mecklenburg-Schwerin, Anhalt und Lippe. Das hängt in erster Linie mit der Siedlungsweise, aber auch mit der verschiedenen Ausbildung des Zweckverbandsrechts in den einzelnen Ländern zusammen. So ist zum Beispiel in Bayern die überörtliche Zusammenarbeit von Gemeinden durch die Weiträumigkeit der Siedlung und durch die Bildung größerer finanziell selbständiger Landgemeinden häufig erschwert, während andererseits in Sachsen schon die Dichte der Besiedlung das gemeinsame Vorgehen der eng benachbarten Kommunen erleichtert. Dazu kommt noch, daß in Sachsen eine besondere rechtliche Regelung auf dem Gebiete des Schulwesens die Entwicklung solcher Gemeindeverbindungen fördert. In Baden hinwiederum hat man den Zweckverbänden den ländlichen Wohnungsbau als besondere Aufgabe zugewiesen, in einem Teile Württembergs die Wasserversorgung. Mecklenburg-Schwerin weist eine besonders große Zahl von Zweckverbänden auf, weil hier die Gemeinden sehr klein und damit wenig finanzkräftig sind. Aus ähnlichen Gründen sind auch in einigen östlichen Provinzen Preußens, so z. B. in Ostpreußen und Niederschlesien, zahlreiche Zweckverbände geschaffen worden. In Rheinland-Westfalen ist das Bedürfnis nach Zweckverbänden deswegen geringer, weil hier die Amler — eine besondere Art von engeren Gemeindeverbänden — ihre Aufgabe mitübernehmen.

In der Regel führen die Zweckverbände solche Aufgaben durch, die eine einzelne Gemeinde nicht wirtschaftlich vorteilhaft auf sich nehmen kann. So ist z. B. auf dem Lande eine genügende Belegung der Schulen meist nur dann zu erzielen, wenn mehrere Gemeinden zu einem Schulprengel zusammengefaßt werden. Unter den, wie erwähnt, insgesamt gezählten 14 329 Zweckverbänden befinden sich allein 8921 Schulverbände. Ebenso ist die Anschaffung von Feuerlöschrichtungen, die Haltung von Zugtieren, die Bereitstellung von Pflegepersonal oft nur lohnend, wenn sie einem größeren Kreis von Benutzern zur Verfügung gestellt werden können. Es wurden infolgedessen ferner 1778 Feuerlöschverbände, 1001 Verbände auf dem Gebiete des Gesundheitswesens (Haltung von Pflegepersonal), 604 Verbände zur Förderung der Landwirtschaft (insbesondere Tierhaltung), 450 Verbände auf dem Ge-

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 35. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Biete des Bestattungswesens und 258 Verbände auf dem Gebiete der allgemeinen Verwaltung (Kassen- und Rechnungsprüfung) gezählt. Weitere 422 Verbände betätigen sich auf dem Gebiete der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung, 342 Verbände auf dem des Straßenausbau, der Flußregulierung und ähnlicher Dinge. Dazu kommen noch 266 Fürsorgeverbände, Wohnbauverbände finden sich, wie schon erwähnt, vorwiegend in Baden.

Die meisten Zweckverbände umfassen jedoch nur eine kleine Anzahl von Mitgliedern, hauptsächlich Landgemeinden. An Verbänden größerer kommunaler Körperschaften wurden nur 828 gezählt, von denen wiederum 724 überwiegend oder ausschließlich Gemeinden zwischen 5000 und 10 000 Einwohner umfassen. Nur bei den Verbänden für Elektrizitäts- und Gasversorgung treten die größeren Gemeinden oder die Gemeindeverbände stärker in den Vordergrund. An den Elektrizitätsverbänden insbesondere sind auch zahlreiche Landkreise beteiligt.

Zum Präsidenten des Österreichischen Nationalrates

wurde der frühere Staatskanzler Renner (Soz.) gewählt. Im ersten Wahlgang erhielt keiner der vier Kandidaten die absolute Mehrheit. Im zweiten Wahlgang wurden 147 Stimmen abgegeben, von denen 61 leer waren. Auf Dr. Renner (Soz.) entfielen 68, auf Dr. Kramel (Christl.-Soz.) 18 Stimmen. Nach seiner Wahl erklärte Dr. Renner in einer Ansprache, Österreichs und Deutschlands Regierungen haben den ersten Schritt getan auf dem Wege ins Freie. Möge es gelingen, eine neue Wirtschaftsordnung für ganz Europa anzubahnen. Möge es, wenn die anderen hierzu nicht gewillt oder nicht reif sind, wenigstens uns gestattet sein, den ersten Schritt zu tun und uns wirtschaftlich mit unserem Mutterlande zu vereinigen. In meinem und wohl in unserer aller Namen grüße ich in dieser Stunde unser großes deutsches Muttervolk!

Kurze Nachrichten

Keine Rücktrittsabsichten des Reichspräsidenten. Die Meldung eines Berliner Vormittagsblattes über Rücktrittsabsichten des Reichspräsidenten ist nach Mitteilung von unterrichteter Seite vollständig aus der Luft gegriffen.

Keine Anleiheoperationen des Reiches. Die Behauptung eines Berliner Blattes über bevorstehende Anleiheoperationen des Reiches wird an maßgebender Stelle als unzutreffend bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß man keinesfalls die Begebung von Wechseln zur Überbrückung gewisser Kassenlage-Spannungen als Anleiheoperationen bezeichnen könne.

Das Ergebnis des Volkszählens. Wie der Sozialdemokratische Pressedienst mitteilt, stimmen die vom Statistischem Bureau veröffentlichten Ziffern mit denen im Reichs-Annenministerium überein. Es haben sich etwa 5,9 Millionen Wahlberechtigte für das Volkszählen eingetragen.

Goebbels zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte den Reichstagsabgeordneten Dr. Goebbels unter Freisprechung von der Anklage des Vergehens gegen § 166 wegen öffentlicher Beleidigung in drei Fällen, wegen öffentlicher Beleidigung und übler Nachrede in zwei Fällen zu insgesamt einem Monat Gefängnis und 1500 M Geldstrafe. — In einem anderen vorhergehenden Prozeß wurde Goebbels wegen Beleidigung der Reichsregierung zu 1000 M Geldstrafe verurteilt. Von einer an sich verdienten Freiheitsstrafe wurde abgesehen, weil Dr. Goebbels bei Begehung dieser Straftat noch nicht verurteilt war.

Eine Eisenbahnkatastrophe in Ägypten

In Unterägypten geriet am Mittwoch auf der Strecke zwischen Tanta und Raio ein Zug in Brand. Es handelte sich um einen Ausflugszug, der aus ältestem Material bestand. Der Brand ist offenbar durch die Erhitzung der Achsenlager entstanden. Da keine Notbremse und kein Mittel vorhanden war, um mit dem Zugführer in Verbindung zu treten, griffen infolge der raschen Fahrt die Flammen rasch um sich. Drei Personen kamen verwundet zu Schaden, eine wurde getötet. Die Verwundeten wurden in einem Krankenwagen in eine nahegelegene Hölle transportiert, während die übrigen in den brennenden Wagen zurückließen. Die Zahl der Todesopfer hat sich auf 46 erhöht. Unter den Toten liegen zahlreiche Kinderleichen. Die Kinder wurden von ihren vor Schrecken wahnsinnig gewordenen Müttern aus den Fenstern des fahrenden Zuges geworfen.

Badisches Landes-Theater

Viktoria und ihr Husar

Der auf vielen Bühnen erzielte Bomben- und Serienerfolg der Paul Abraham'schen Operette „Viktoria und ihr Husar“ hat nun auch die badische Landesbühne veranlaßt, das Werk in ihren Spielplan aufzunehmen. Die Erstaufführung ward zu einem Abend angenehmer Unterhaltung, nicht weniger, aber leider auch nicht soviel mehr, daß man von einer nachhaltigen oder gar durchschlagenden Wirkung berichten könnte.

Nun mag — wie meist bei neueren Operetten — die Ursache im Textbuch vorweg zu suchen sein, schon weil es ein ursprünglich ungarischer Stoff (aus der Feder eines Emmerich Földes) ist und durch die beiden deutschen Bearbeiter Alfred Grünwald und Dr. Fritz Löhner-Beda anscheinend manches von seiner Originalität eingebüßt hat. Denn wir können uns kaum vorstellen, daß im ungarischen Heimatland überhaupt je ein Libretto das Rampenlicht erblüht hätte, wenn es nicht entgegen seiner jetzigen Fassung einige besondere Reize böte. Aber es ist ja nun einmal so, daß unsere Textfabrikanten selbst bei der besten literarischen Vorlage nichts mehr von deren Spritzgehalt verpöhlen lassen, da sie alle Figuren in eine ganz bestimmte Schablone pressen zu müssen glauben. So ist hier aus Viktoria, die zwischen zwei Männern sich zu entscheiden hat und im Widerstreit von Liebe und Pflicht natürlich doch zu dem irtümlich totgesagten Bräutigam zurückkehrt, fast eine Tragödie geworden, wie wir sie in dunkelweiser Abwandlung schon genügend kennen und deren rührgelbes Getöse nachgerade entwandend berührt. Natürlich bleibt auch dem Operettenautor, eben dem huzarenrittmelsterlichen Liebhaber, nicht die üblich sentimentale Szene erspart, während andererseits sich sein Rivale als amerikanischer Gesandter von allem Anfang an durch höchste Discretion und später durch sehr vornehmen Verzicht auszuzeichnen hat. Kann man schon eine solche Gruppierung der drei Hauptpersonen weder wichtig noch geistvoll nennen, so bleibt sie gleichwohl gegenüber den plumpen Scherzen, mit denen alle Nebenfiguren ausgestattet sind, doch der weit erträglichere Teil und hat immerhin den Vorzug, daß ein bißchen Lebensweisheit bitterfüßig und einigermaßen beglückend durchschimmert, wo-

Aus den Ländern

Die württembergischen Auslandsanleihen

Der württembergische Landtag hat ein Gesetz über den Anbau des Staatsschuldenwesens angenommen. Danach können die bisher in Reichsmark verabschiedeten Anleihebewilligungen auch in Schweizerischer oder holländischer oder in einer anderen ausländischen Währung verwirklicht werden. Der Gesetzentwurf war bedingt durch die vor kurzem mit Schweizer Banken abgeschlossene Anleihe zum Zweck des Ausbaus der Nord-Süd-Bahnstrecke Oetzbirnen—Zimmendingen. Das Gesetz soll auch für künftige Verwilligungen Gültigkeit behalten. Der verhältnismäßig günstige Stand der württembergischen Finanzen hat zweifellos den Abschluß der jetzigen Anleihen zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen erleichtert. Die Anleihen lösten Württemberg insgesamt 7,3 bis 7,4 Proz. und die 6½-prozentige Schweizerische Emission bringt für den Reichner eine Rendite von circa 6¼ Proz. bei einem Emissionskurs von 96½ Proz. Vergleichsweise sei bemerkt, daß die in der Schweiz notierte badische Anleihe von 1926 bei ebenfalls 6½ Proz. Nominalzins zur Zeit 98½ Proz. steht, die 5½-prozentige Young-Anleihe aber immer noch erst 79½ Proz.

Sachsen gegen Reichsbahngesellschaft

W.D. Leipzig, 30. April. (Tel.) In der Streitfrage des Landes Sachsen gegen die Reichsbahn-Gesellschaft wurde heute vor dem Reichsbahngericht in Leipzig verhandelt.

Das Streitobjekt liegt in der Beurteilung des Verhältnisses des § 34 des Reichsbahngesetzes zum § 43 des Staatsvertrages. In der Aufzählung der Verpflichtungen, die die Reichsbahn-Gesellschaft als Nachfolgerin des Reiches im § 43 des Reichsbahngesetzes übernimmt, ist nicht die Bestimmung des § 43 des Staatsvertrages aufgenommen, derzufolge die beteiligten Regierungen weitere Vereinbarungen zur Auslegung des Staatsvertrages treffen können. Die Reichsbahn-Gesellschaft schließt aus dieser Lücke, daß die auf Grund des § 43 des Staatsvertrages übernommenen Verpflichtungen des Reiches von der Reichsbahn-Gesellschaft nicht erfüllt zu werden brauchen. Sachsen ist im Gegenteil dazu der Ansicht, daß auf die Reichsbahn-Gesellschaft alle Verpflichtungen übergegangen sind, steht also auf dem Standpunkt einer ertauften Generalzufassung.

Verbot politischer Schülervereinigungen in Thüringen. Das thüringische Volksbildungsministerium fordert in einer Vernehmlichmachung die Schulleitungen der höheren Schulen im Interesse der Erziehung und Schuldisziplin auf, politische Schülervereinigungen zu verbieten.

Mecklenburg und die Osthilfe. Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Schwerin, der über die Notwendigkeit alsbaldiger Einbeziehung des Landes in die Osthilfe Vortrag hielt.

Politische Beamtenverbände gegen die Gehaltskürzung. In einem offenen Brief an die Regierung und die Bevölkerung wenden sich die politischen Beamtenverbände, die etwa 180 000 Mitglieder umfassen, gegen die 15-prozentige Gehaltskürzung der Beamtengehälter. Sie wird darin als einseitige und ungerichtete Maßnahme bezeichnet, die keineswegs geeignet sei, die Lage der Staatsbeamten zu verbessern; die Beamten erwarten deshalb die Aufhebung dieser Verfügung.

Kleine Chronik

Die drei Insassen des am Dienstag bei Warschau niedergegangenen deutschen Freiballons sind freigelassen worden.

Die Afrikafliegerin Elli Weinhorn ist am Mittwoch von Rom über Klagenfurt in Wien eingetroffen. Von Wien startete heute 11 Uhr vormittags die Fliegerin zum Weiterflug nach Dresden.

Der Versicherungsmörder Teuner wird am Samstag, den 2. Mai, morgens in Regensburg hingerichtet werden. Es wurde ihm heute morgen die Ablehnung seines Gnadenbittens durch die bayerische Regierung bekanntgegeben. Er hat die Nachricht gefaßt entgegenkommen, aber um die übliche 24-Stunden-Frist gebeten. Die Hinrichtung des zum Tode Verurteilten erfolgt am Samstag, früh 7 Uhr im Hofe des Gerichtsgefängnisses in Regensburg.

Der wegen des Mordes an dem Geschäftsführer Walthar aus Dels in Ventzen festgenommene 23jährige Kraftwagenführer Edmund Thomas aus Karf hat ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Die letzten Nachrichten lassen folgendes Bild über das Erdbeben in Kaukasien entstehen: In Tiflis und Erivan waren nur Erdstöße verspürbar. Dagegen beträgt die Zahl der Todesopfer in Sangezur und Greife 200, in Etschmi 192 Todesopfer und etwa 600 Verletzte.

hingegen der übrige Aufwand an possenhafter Vermummung kein einziges Mal zu einem befreienden, herzlichen Lachen ausreicht.

Einige Stufen höher steht freilich die Musik; wenn ein Komponist überhaupt eine solche fatale Handlung ziemlich schlackenlos in Klang umzuheben vermag, ist zumindest ein Beweis für starke technische Gelassenheit erbracht. Natürlich sind es vorab etliche Schlagermelodien, auf modernen Tanzrhythmen gesungen, die zünden und sofort eine Wiederholung erzwingen. Sie sind zum Teil sehr sauber und adrett gemacht, sind wohlklingend und gefällig, obgleich sie in das Kapitel „Moderne Allermelismusik“ gehören und keinerlei stärker hervorzuhebende persönliche Note verraten. Eher ist das einigen dreiklangsfreudigen Liedern anzumerken, die infolge dieser ihrer zwar bewußt antimodernen, aber dafür umso romantischeren Haltung dem großen Publikum rasch eingehen. Und schließlich dokumentiert die farbige sichere Behandlung des Kammerorchesters die Hand eines geschickten und routinierten Instrumentators, der nie überladen und zu viel aufträgt.

Außer dieser musikalischen Plusseite war aber auch der vorzüglichen Vorbereitung des Werkes unter der Regie von Harald Josef Fürstenau und mit Josef Reilberth am Dirigentenpult die wenigstens für den Augenblick begeisterte Aufnahme zu danken. Auf der Bühne wurde zudem ebenfalls recht Gutes geleistet. So war voran Emma Seiberlich eine sehr schön singende und hübsch aussehende Vertreterin der weiblichen Hauptrolle; darstellerisch stand sie allerdings sowohl hinter der munteren Kammerzofe von Risi Jank, wie hinter Lotte Fildschau als fecher Japanerin etwas zurück. Unter den männlichen Rollenträgern waren vor allem Karlheinz Löfer (John Sunlight), Wilhelm Rentwig (Stefan Koltan) und Robert Meier (Bursche Janczy) durchaus an ihrem Platz, und vom Schauspielpersonal bewährten sich wiederum Alfons Klobie (Viktoria's Bruder), sowie Paul Müller als ungarischer Würgemeister aufs Beste. Ein letztes Wort der Anerkennung gebührt noch den Tänzerinnen und Tänzern, aber auch der farbigen Kostümierung aus Marg. Schellenbergs Werkstatt, und endlich den stimmungsvollen Bühnenbildern, die für die in allen Weltteilen (Rußland, Japan, Ungarn) gelegenen Schauplätze Fortschritt und Geschmack zusammengeleitet hatte.

Badischer Teil

Badisches Landtag

(39. Sitzung)

W.D. Karlsruhe, 29. April 1931.

Eingegangen ist der Entwurf eines Ausführungsgesetzes zu § 22 des Reichsgesetzes über die Vereinnahmung der Grundbücher. Der Justizminister ersucht um Genehmigung zur Strafverfolgung des

Abg. Wagner (Nat.-Soz.) wegen Vergehens gegen § 10 Abs. 3, 11 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931.

Änderung des Einführungsgesetzes zu den Reichsjustizgesetzen

Inzwischen sind Zweifel laut geworden, ob die Erhöhung der gemeindegewerblichen Zuständigkeit von 60 auf 100 M nicht etwa verfassungsändernden Charakter trage.

Justizminister Dr. Remmele

bertritt den Standpunkt, daß im vorliegenden Falle der § 20 Abs. 2 der Verfassung nicht anzuwenden sei. Es handle sich um keine Neuauflage von Verpflichtungen an die Gemeinden.

Abg. Dr. Wollhard (D. Dem. P.) ist der gegenteiligen Auffassung.

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) teilt die Ansicht des Ministers.

Abg. Dr. Walder (D. Sp.) hält die Frage zum mindesten für strittig.

Abg. Rüdert (Sozdem.) verneint, daß eine Änderung der Verfassung eintritt.

Abg. Dr. Hoffmann (Zentr.) wendet sich gleichfalls gegen den Abg. Dr. Wollhard.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) ist für strenge Einhaltung der Verfassung (Seiterzeit).

Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe (Zentr.) steht in der Vorlage nicht anders, als ein Aufwertungsgesetz.

Abg. Dr. Wollhard (D. Dem. P.) bleibt dabei, daß Justizminister sicher und zweifellos dastehen müssen. Deshalb bitten wir, die für ein verfassungsänderndes Gesetz vorgeschriebene Frist einzuhalten, damit die Frage sorgfältig geprüft werden kann.

Abg. Dr. Walder (D. Sp.) unterstützt den Vorredner.

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) stellt fest: Es handelt sich für uns um keine politische Maßnahme, sondern lediglich um die Auslegung des § 20 Abs. 2 der Verfassung.

Die Mehrheit, bestehend aus Zentrum, Sozialdemokraten und Evang. Volksdienst, beschließt darauf mit 55 gegen 29 Stimmen, daß der § 20 Abs. 2 der Verfassung nicht anzuwenden sei.

Da die demokratisch-liberale Arbeitsgemeinschaft zur zweiten Lesung neue Anträge gestellt hat, wird die Beratung und Abstimmung auf Donnerstagvormittag verlagert.

Abg. Hermann (Wirtschaftsp.) berichtet darauf über die Nachweisung über die Erhebung der vom Landtag 1929/30 angenommenen Anträge.

Sie wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

Der Fall Gumbel

Es folgt die Begründung der förmlichen Anfrage der Nationalsozialisten betr. die Ernennung des Privatdozenten Dr. Gumbel zum außerordentlichen Professor an der Universität Heidelberg.

Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Remmele erteilt folgende Antwort:

„In der förmlichen Anfrage wird gesagt, daß die von mir gegebene Darstellung einer Unterredung des Ministerialreferenten mit den Vertretern der philosophischen Fakultät Heidelberg, in der der Delan nach der Stellung der Fakultät zu der Ernennung Gumbels befragt wurde, in einem wesentlichen Punkte der Wahrheit nicht entspreche. Zum Beweise dafür führt die Anfrage ein Schreiben des Prof. Dr. Gumbert an den Abg. Kraft an. Dieses Schreiben wurde uns damals von Prof. Dr. Gumbert sofort zugestellt. Es ist unter dem 29. Januar 1931, also sechs Monate nach der Unterredung, geschrieben. Ähnlich wurde attemäßig in einer Darstellung drei Tage nach der Unterredung ausdrücklich festgelegt, daß die Antwort des Delans in Gegenwart des Prof. Dr. Gumbert erfolgt sei. Es steht also Behauptung gegen Behauptung. Ich verwehre mich aber entschieden dagegen, daß diese von uns gegebene Darstellung als wahrheitswidrig erklärt wird.“

Eine Besprechung wird nicht gewünscht. (Abg. Wagner (Nat.-Soz.) ruft: „Wir werden die Besprechung hinaustragen!“)

Das Schächten von Tieren

Abg. Kühn (Zentr.) berichtet über den nationalsozialistischen Antrag zu dieser Frage, der insbesondere ein Schächterverbot fordert. Der Reichstagsausschuß beantragt die Ablehnung.

Abg. Kraft (Nat.-Soz.) begründet den Antrag seiner Partei, der einen Gesetzesvorschlag nach bayerischem Vorbild darstellt. Er hält das Schächten für eine entsetzliche Tierquälerei, was zu 99 Proz. von den deutschen Tierärzten bekräftigt werde. Für den Fall, daß der Antrag keine Annahme findet, beantragen die Nationalsozialisten, daß die Kontingenterung des Schlachtwiehs an die orthodoxen badischen Juden durchgeführt wird, um zu verhindern, daß Vieh aus Grenzländern mit Schächterverbot (Pfalz, Bayern, Schweiz) in Baden geschächtet wird.

Ministerialrat Dr. Jung gibt auf die förmliche Anfrage der Nationalsozialisten betr. Handel mit Vieh an der badisch-bayerischen Grenze und dadurch bedingte Gefahr der Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche beruhigende Erklärungen ab. Abg. Ewald (Ev. Volksk.) bekämpft jede unnötige Tierquälerei und fordert scharfe Überwachung und Kontrolle des Schächters.

Abg. Dr. Mattes (D. Sp.) verspricht sich einen Erfolg nur von einem allgemeinen Schächterverbot für das ganze Reich. Eine Sonderregelung für Baden wäre mit einer Schädigung der badischen Landwirtschaft verbunden.

Abg. Dr. Wollhard (D. Dem. P.) ist gegen den Antrag, weil es sich um eine Frage der Reichsgesetzgebung handle.

Der gleichen Auffassung ist der Abg. Kurz (Sozdem.). Es bestehe kein Anlaß, den nationalsozialistischen Anträgen zuzustimmen. Man wolle jede Religionsgesellschaft in ihrem Ritus achten.

Obige Anträge werden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Lage der Privateisenbahnen

Es folgt ein erschöpfender Bericht des demokratischen Abg. Dr. Baedlin über die Denkschrift des Finanzministers betr. die Lage der Privateisenbahnen in Baden.

Der Haushaltsausschuß beantragt, von der Denkschrift Kenntnis zu nehmen und die Maßnahmen der Regierung zu billigen, die bei der steigenden Konkurrenz der Privatautonlinien zur Wahrung der Interessen der Kleinbahnen getroffen worden sind, aber die Regierung zu ermahnen, im Rahmen der

gesetzlichen Bestimmungen Kraftwagenlinien an Privatunternehmer dann zu konfessionieren, wenn die Kleinbahnen den berechtigten Ansprüchen der Bevölkerung nicht genügen können oder sonstige dringende wirtschaftliche und verkehrspolitische Gründe dafür sprechen.

Ein Gesuch der Niedergemeinden betr. Rechtshilfe für den Fuhrunternehmer A. Velz in Weihenheim soll durch diese Beschlusfassung als erledigt erklärt werden.

Die Beratung wird dann abgebrochen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, vormittags 9 Uhr.

Im Landtag gab der Präsident ein Schreiben des Innenministers bekannt, wonach dieser die vom Landtag am 11. Februar d. J. gefasste Entschließung wegen Verbots der Amerikaner an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft weitergeleitet und unterm 4. April die Antwort erhalten hat, daß der Reichsernährungsminister nicht in der Lage sei, der Entschließung des Badischen Landtages Rechnung zu tragen.

(40. Sitzung.)

D. B. Karlsruhe, 30. April.

Der Beginn der Vollstreckung erleidet durch eine vorausgehende Sitzung des Rechtspflegeausschusses eine erhebliche Verzögerung.

Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten und die Beratung der

Denkschrift über die Lage der Privateisenbahnen fortgesetzt.

Abg. Dr. Hoffmann (Zentr.) dankt der Regierung für die Objektivität, mit der sie an die Sache herantreten sei. Er freut sich, daß man den verkehrspolitischen Interessen der Kleinbahnen Rechnung tragen wolle und stimmt dem Ausschussantrag zu.

Abg. Ruffbaum (Sozdem.) anerkennt gleichfalls die Tragfähigkeit in der Haltung der Regierung. Die privaten Autolinen dürfe man nicht völlig ausschalten.

Finanzminister Dr. Schmidt stellt als Standpunkt der Regierung fest, daß sie den Weg der Verständigung aller Interessen vorzieht. Der Minister dankt den Abgeordneten, die mitgeholfen haben, in der aufgeregten Lage eine gewisse Beruhigung zu schaffen. Er spricht auch dem Berichterstatter seinen Dank für dessen erschöpfende Darstellung aus.

Der gestern mitgeteilte Ausschussantrag wird darauf angenommen. Die Kommunisten enthalten sich der Stimme.

Zuweisung von Aufträgen an die badische Industrie

Es folgt die Begründung der persönlichen Anfrage der Demokraten, betr. die Zuweisung von Aufträgen an die badische Industrie durch den Abg. Dr. Leers. Er erinnert an die schwierige Lage des Grenzlandes Baden. Man habe allen Grund, darauf zu sehen, daß nichts geschieht, was unsere wirtschaftliche Kraft noch weiter schwächt. Es bestehe nun aber der Eindruck, daß Aufträge an die badische Industrie nicht in dem Maße zugewiesen wurden, wie es möglich gewesen wäre. Das treffe besonders für die Vergebung der Arbeiten für die Verlegung der Ringisbrücke durch die Reichsbahngesellschaft zu. Auf den Standpunkt dürfe man sich nicht stellen, daß unsere badische Eisenindustrie nicht mehr wettbewerbsfähig sei. Unsere wirtschaftlichen Unternehmungen müssen erhalten bleiben. Die Regierung sollte schärfer in Berlin darauf dringen, daß unser Land mit Aufträgen bedacht wird. Es gehe nicht an, daß man sich über die badischen wirtschaftlichen Interessen weiter so rüchtschloslos hinwegsetzt.

Die Regierung antwortet: Die Ministerialrat Dr. Seeger. Er führte aus: Schon vor Vergebung der Arbeiten zur Verlegung der Ringisbrücke bei Kehl haben Badens Finanz- und Innenminister die Reichsbahndirektion Karlsruhe und die Reichsbahnverwaltung gebeten, umlicht die badische Eisenindustrie zu berücksichtigen. Der Finanzminister hat diese Bitte auch durch einen persönlichen Schritt unterstützt. Die Reichsbahn stellte sich auf den Standpunkt, daß der Bau der Ringisbrücken aus dem Unternehmen der Ringisverlegung auszuscheiden haben, da hierfür keine Mittel aus dem Westhilfsfonds zur Verfügung ständen. Den Zuschlag erhielt ein außerbadisches Eisenwerk, weil dessen Angebot das für die Reichsbahn das günstigere und billigere gewesen sei.

Die Reichsbahn habe in Aussicht gestellt, daß die badischen Stahl- und Tiefbauunternehmungen in aller nächster Zeit mit anderen Aufträgen in ungefähr gleich hohem Gesamtbetrag bedacht würden, wie demjenigen für die Kehler Ringisbrücke. Gleichwohl sei die Stellungnahme der Reichsbahn vom badischen Standpunkt aus lebhaft zu bedauern. Von dieser Auffassung habe der Finanzminister der Reichsbahndirektion Kenntnis gegeben.

Eine Besprechung wird nicht gewünscht, aber mit allen gegen 5 kommunistische Stimmen folgender Antrag angenommen:

Die Regierung wird ersucht, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß

1. bei Vergebung von Arbeiten und Aufträgen seitens der Reichsbetriebe, der Reichsbahn- und Reichspostverwaltung in Baden vordringlich die im Grenzland Baden besonders notleidende badische Industrie und das badische Handwerk berücksichtigt werden,
2. beim Bau der Ringisbrücke im gleichen Maße verfahren wird. (Fortsetzung des Berichts in der nächsten Nummer.)

Neue Eingänge

Die Zentrumsfraktion des Badischen Landtages hat eine förmliche Anfrage eingebracht, die die Umwandlung einer großen Anzahl Dienststellen höheren Grades in solche niederen Grades bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zum Gegenstand hat. In der Anfrage wird zum Ausdruck gebracht, daß die Reichsbahn-Gesellschaft die Beförderungsverhältnisse des ehemals badischen Eisenbahnpersonals übermäßig schmälert und zugleich gegen den Staatsvertrag über den Übergang der Bad. Bahnen an das Reich vom 21. April 1920 verstößt hat. Die Sozialdemokratische Landtagsfraktion wünscht in einer förmlichen Anfrage von der Regierung Auskunft, ob sie die Maßnahmen des Landrats von Wolfach in vollem Umfange billige, die dieser bei dem Streit bei der Firma Schiele & Bruchsalter in Forstberg im Schwarzwald angeordnet hat.

Die Deutsche Volkspartei hat mit den Demokraten dem Landtag folgenden Antrag zugeleitet: Die letzten Viehmärkte auf dem Land brachten einen weiteren Preisrückgang, und vor allem für geringwertigeres Schlachtvieh solch niedrige Preise, daß die Lage der Viehwirtschaften Landwirtschaft sich dauernd und sehr rasch verschlechtert. Dem Grenzland Baden könnte vor allem eine Verstärkung der Viehexporte eine Besserung der Viehpreise bringen. Der Landtag wolle deshalb beschließen, die Regierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß dem Grenzland Baden seitens des Reiches größere Mittel als bisher zur Förderung der Ausfuhr von Vieh zur Verfügung gestellt wird.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Heidelberg. Der Arbeitsmarkt hat sich im Bereich des Arbeitsamtes Heidelberg wieder leicht gebessert. Die Zahl der Unterfüßen betrug insgesamt 11 650 und damit 266 weniger als in der Vorwoche.

Wohltätigkeitsveranstaltung der Badischen Gesundheitskassen

In der Badischen Gesundheitskassen in Berlin fand kurz vor Ostern ein Nachmittags- und Abendempfang zugunsten notleidender Badener in Berlin statt. Beide außerordentlich gut besuchte Veranstaltungen wurden veranlaßt durch musikalische Darbietungen, um die sich eine Reihe bekannter badischer Landleute verdient machten. So wirkten mit: Fräulein Elisabeth Friedrich, früher Landesheilerin Karlsruhe, Frau Liesel Wörner, früher Karlsruhe, Frau Rudolf-Albrecht, früher Freiburg, Herr Paul Karl Ströber, Freiburg, Frau Heinrich Fischer, Wiesloch, Theodor Giebers, Dr. Gorkler, Konstanz, Maxcell Albrecht, früher Freiburg, A. Böck, Endingen, und Fräulein Sildegard Böcker, Freiburg.

Das Erholungsheim Annaberg

Das Erholungsheim Annaberg in Baden-Baden soll auch in diesem Jahre, womöglich anfangs Mai, wieder geöffnet werden, vorausgesetzt, daß genügend Aufnahmearbeiten von Erholungsbedürftigen eingeht. Es empfiehlt sich daher, schon jetzt das Aufnahmegeruch bei der staatlichen Badeverwaltung in Baden-Baden einzureichen.

Tagungen

Die württembergischen und badischen Edeka-Genossenschaften hielten in Gall (Wittg.) ihren diesjährigen Frühjahrsbezirksstag ab. Der Obmann der württembergischen Genossenschaften, Kaufmann und Stadtrat Eugen Gorch, Heilbronn, gab einen Überblick über die größte deutsche Organisation des Lebensmittelhandels. Die Edeka-Organisation, die heute 430 Genossenschaften mit über 30 000 Einzelmitgliedern, verteilt auf etwa 6000 Städte im Deutschen Reich, umfaßt. Im allgemeinen sei ein Rückgang der Warenpreise in der Kolonialwarenbranche um 19 Prozent zu verzeichnen. Der Obmann referierte über die neugegründete Spar- und Arbeitsgemeinschaft der Jungkaufleute, die den Zweck haben, einen tüchtigen Nachwuchs in der Kolonialwarenbranche zu schaffen und diesen jungen Leuten die Möglichkeit zu geben, einmal selbständig zu werden. Das Sparsystem sei ähnlich wie bei Bauparlamenten. Durch kleine monatliche Sparbeiträge werden die jungen Kaufleute in die Lage versetzt, später selbständig Geschäfte zu übernehmen. Die Edeka-Organisation hat im Jahre 1930 ihre Umsätze um 16 Prozent erhöht und zwar auf 146 Millionen Reichsmark. Der Obmann, Leiter der Edeka-Zentrale, Zweigstelle Stuttgart, für die Länder Baden und Württemberg, gab ein ausführliches Referat über die geschäftliche Bewegung im süddeutschen Bezirk. Im Reich steht der Bezirk an dritter Stelle. Die Neuwahlen ergaben: als Obmann für Württemberg und Baden Kaufmann und Stadtrat Eugen Gorch, Heilbronn, als 1. Ersetzenden Dr. Spahn, Forstheim, als 2. Ersetzenden Kaufmann Wagner, Göttingen.

Die Verkehrsgemeinschaft „Schwarzwaldbahn, Bodensee, Rheinfahrt“ mit dem Sitz in Triberg, welche eine große Zahl von Städten, Verkehrsverwaltungen, Körperschaften international zusammengefaßt, hält ihre diesjährige ordentliche Hauptversammlung in St. Gallen am 16. und 17. Mai ab.

Aus der Landesbauhauptstadt

Politische Beleidigungsprozesse. Der nationalsozialistische Abgeordnete Kraft wurde von der gegen ihn erhobenen Anklage der Landtagsbeleidigung freigesprochen. Er hatte in einer Verammlung in Karlsruhe am 8. Januar gesagt: „Wenn wir als Frontkämpfer feinerzeit geahnt hätten, was für ein Gefindel sich in den deutschen Parlamenten herumtreibt, so hätten wir nicht länger auf die Franzosen und Engländer geschossen, sondern unsere Gewehre umgedreht.“ Wenn auch die intrinierte Äußerung in hohem Maße beschimpfend und kränkend sei, so stehe doch nicht fest, daß das jeweilige badische Parlament gemeint sei. Der Angeklagte habe erklärt, er habe den früheren Reichstag gemeint, die Kriegsparlamente. — Der Redakteur Albert Simon des Karlsruhe, „Generalanzeiger“ wurde wegen Beleidigung der nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten durch Veröffentlichungen aus der Wochschrift des früheren Nationalsozialisten Friedrich für schuldig befunden und zu 100 RM Geldstrafe verurteilt.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von Mittwoch morgen: Das dänische Tief ist weiter verfrachtet. Das ihm folgende Zwischenhoch hält Westeuropa in seinem Bereich und wird auch morgen noch unsere Witterung bestimmen. Voraussage: Zeitweise heiter und vorwiegend trocken, wärmer bei schwacher Luftbewegung.

Wasserstände: Waldshut 321 plus 22, Basel 141 plus 24, Schutterinsel 210 plus 29, Kehl 338 plus 25, Marau 522 plus 31, Mannheim 420 plus 29, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Erneut Schnee im Hochschwarzwald.

Die kühle Witterung, die abermals zu einem Kälterückfall mit drei Grad Kälte am Feldberg geführt hat, ist noch immer nicht überwunden. Die Temperaturen sind durch die anhaltenden Schnee- und Regenfälle am Dienstag und Mittwoch immer noch tief geblieben und liegen in mittleren Lagen eben etwas über dem Gefrierpunkt, so daß auch da noch die Niederschläge, die sehr ergiebig waren, zeitweise als Schnee fielen. Der Neuschnee hat natürlich nur im Hochschwarzwald, wo eine reichliche Unterlage an Altschnee noch liegt, Fuß gefaßt und beträgt in seinem Ausmaß etwa 10 bis 20 Zentimeter. Am Feldberg wurden selbst am exponierten Gipfel 80 Zentimeter Schneehöhe gemessen. Die Temperaturen liegen allgemein, auch in der Rheinebene tief und lassen den nachfolgenden Charakter des Winters stark fühlbar werden. Doch ist mit einem Rückdrehen des Windes von Nordwest auf West mit einer gewissen Erwärmung zu rechnen, auch die stürmische Luftbewegung auf den Höhen hat nachgelassen. Die Niederschläge haben den Schwarzwaldstetten starken Wasserzuwachs gebracht.

Der Betrugsprozess in Mingsolsheim.

D. B. Mingsolsheim, 30. April. Nach der Vernehmung von 25 Zeugen wurde die Verhandlung gestern fortgesetzt. Aus allen Zeugenaussagen geht die Last des Angeklagten hervor, daß er von den Kriegsbeschädigten und armen Witwen für Gulachten um 25—30 RM verlangte. Dabei machte er ihnen vor, daß er zum Reichsversicherungsamt nach Berlin fahren müsse. Dafür ließ er sich dann von den einzelnen Beschädigten noch einmal 70—80 RM nachzahlen. In Wirklichkeit ist aber der Angeklagte Schlichter nichts anderes, als daß er seine Klienten damit verdröste, ihre Sachen stünden gut. Er versprach ihnen weiter, daß er 50, 60 und mehr Proz. ihres Anspruches herausholen würde. In seinen öffentlichen Vorträgen lobte er Schlichter seine Opfer damit, daß er ihnen kostenlose Vertretung ihrer Interessen versprach. Dachte er einen Klienten gefunden, so forderte er einen namhaften Betrag für Sinficht in Aktien, 25 RM für ärztliche Untersuchung und 35 RM für ein Obergutachten. Schlichter bediente sich auch einer Reihe von Vertrauensleuten, die ihm seine Opfer zubrachten.

In dem heutigen letzten Verhandlungstag wurde der Angeklagte Schlichter wegen fortgesetzten Betrugs in weiteren 12 Einzelfällen sowie wegen Beleidigung des Bürgermeisters Seimann, Obtingen, zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt, abzüglich 5 Monaten Untersuchungshaft.

Ein verfrachtete Wohnungsbau-genossenschaft

Abg. Vörrach, 29. April. Kürzlich wurde gemeldet, daß die beiden früheren Leiter der Deutschen Wohnungsbau-genossenschaft, e. G. m. b. H., Vörrach (De-Bo-Ge) wegen Unregelmäßigkeiten während ihrer Geschäftsführung verhaftet worden seien. Über das Vermögen dieser Bau-genossenschaft wurde zur Abwendung des Konkurses das gerichtliche Vergleichsverfahren am 8. Februar 1931 eingeleitet.

In dem Rundschrift des vom Gericht ernannten Vertrauensmannes, Rechtsanwalt Dr. Schmitt, an die Gläubiger wird die Geschäftsführung als eine durchaus unkorrekte dargestellt. Obwohl die erforderlichen Einnahmen an Spargeldern noch nicht vorlagen, habe der Vorstand von Anfang an Baudarlehen außer der Reihe gegeben, die dann wiederum bei Geldinstituten gegen Verzinsung aufgenommen werden mußten, während sie andererseits den Mitgliedern unverzinslich überlassen wurden. Man wollte, obwohl kein Geld da war, schnell einige Neklambauten hinstellen. Später ging der Vorstand dazu über, sich in Basel Darlehen zu beschaffen, die aber nur teilweise in bar gegeben wurden, für einen großen Teil mußten Immobilien übernommen werden, die später einen Verlust von 50 Prozent brachten.

Die beiden Vorstandsmitglieder St. und E. schloßen vielfach Bauverträge ab zu bestimmten Beträgen, während die tatsächlichen Erstellungskosten wesentlich höher kamen. Die Baukontrollen wurde vernachlässigt. In den Jahren 1927 und 1928 wurden viele Pläne für eine Reihe von Mitgliedern angefertigt, obwohl bei diesen noch lange nicht ans Bauen zu denken war. E., als Architekt, hat von 1925 bis 1928 für die Planarbeiten etwa 50 000 RM erhalten. Der Vertrauensmann weist darauf hin, daß mit noch weiteren unangenehmen Überraschungen gerechnet werden müsse. Den Gläubigern könne eine Quote von etwa 30 Prozent in Aussicht gestellt werden.

D. B. Mannheim, 30. April. Die „Volkstimme“ brachte vor einiger Zeit zwei auch von vielen anderen deutschen Zeitungen veröffentlichte Artikel, die sich mit Ludendorffs und Hillers Verhalten bei dem Münchener Putz am 9. November 1923 befaßten. Ludendorff ist wegen des Artikels bereits gegen eine Reihe von Zeitungen vorgegangen. Die heute hier vor dem Einzelrichter verhandelte Verleumdungsklage richtete sich gegen Redakteur Heinz Garzuber von der „Volkstimme“. Das Gericht verurteilte den Beklagten wegen Verleumdung im Sinne der §§ 185 und 186 zu 150 RM Geldstrafe und Veröffentlichung des Urteils in der Mannheimer „Volkstimme“ und der „Neuen Mannheimer Zeitung“.

D. B. Mannheim, 29. April. Im Rahmen der Mannheimer Verkehrserschließungswoche hat die Polizeidirektion ein Preisanschreiben veranlaßt, zu dem eine große Zahl wertvoller Preise zur Verteilung gelangen, u. a. ist eine Englandreise unter den Preisen enthalten.

D. B. Mannheim, 29. April. Der langjährige Dozent an der hiesigen Ingenieurschule, Arthur Domsge, ist gestern im Alter von 61 Jahren gestorben. Der Verstorbene hat sich um das Emporblühen der Ingenieurschule große Verdienste erworben.

D. B. Weinheim, 29. April. Die Gräflich-Berchheimische Verwaltung hat auf dem Hubberg in einer geschlossenen Anlage 2000 Kirschbäumchen angepflanzt. Außerdem hat der Obsthauoberinspektor Martin in der Umgebung Weinheims weitere 2000 Kirschbäumchen eingepflanzt.

W. B. Freiburg i. Br., 29. April. Heute mittag zwischen 1 und 1/2 wurde in die Büroräume des Freiburger Auto-Clubs und der Gangeschäftsstelle des A. M. C., Gau Baden, eingebrochen. Die Diebe scheinen hier in der Arbeit gefordert worden zu sein. Soweit bis jetzt festgestellt wurde, ist hier nichts gestohlen worden. Ferner drangen wahrscheinlich die gleichen Diebe in die im selben Stockwerk liegenden Büroräume der Janus-Versicherungs-A. G. ein. Auch hier konnte noch nicht festgestellt werden, wieviel den Einbrechern in die Hände gefallen ist. Man spricht von einem Verlust von 750 RM.

Abg. Konstanz, 29. April. Die Reichsbahn hat das Dampfschiff „Baden“, ehemals als „Kaiser Wilhelm“ bekannt, zur Verschrottung verkauft. Das Schiff wird im Konstanzener Sinterhafen abmontiert. Nach 61jähriger Dienstzeit verschwindet die alte „Baden“, während die neue „Baden“ auf der Kehlbrömmel Werft ihrer Vollendung entgegengeht. Eine kleinere „Baden“ ist es zwar, aber dafür mit den neuesten Maschinen ausgerüstet, der Voith-Schneider-Propelleranlage. Das älteste Schiff auf dem Bodensee ist nun das Dampfboot „Greif“.

Handel und Wirtschaft

Berliner Warennotierungen.

	30. April		29. April	
	Preis	Werte	Preis	Werte
Amsterdam 100 G.	168.65	168.99	168.58	168.92
Kopenhagen 100 Kr.	112.29	112.51	112.29	112.51
Italien . . . 100 L.	21.965	22.005	21.97	22.01
London . . . 1 Pf.	20.402	20.442	20.399	20.439
New-York . . 1 D.	4.1945	4.2025	4.1940	4.2020
Paris . . . 100 Fr.	16.392	16.432	16.386	16.426
Schweiz . . . 100 Fr.	80.815	80.975	80.765	80.925
Wien 100 Schilling	59.01	59.13	59.00	59.12
Wrag . . . 100 Kr.	12.427	12.447	12.42	12.44

Sperremaßnahmen im Kohlenhandel bedürfen der Genehmigung des Reichswirtschaftsministers. Das Rheinische Braunkohlen-Syndikat hat in seinen Kauf- und Lieferungsbedingungen eine Konkurrenzklause aufgenommen, wonach die Händler der Unionbritetts keine mitteldeutschen Britetts führen sollen. Nachdem mitteldeutsche Britetts in neuartiger gebündelter Form auch im hiesigen Bezirk Eingang gefunden haben, hat das Rheinische Syndikat im Konkurrenzstempel gegen das Mitteldeutsche in einzelnen Fällen versucht, die Sperremaßnahmen der Konkurrenzklause in Anwendung zu bringen, bzw. durch seinen Großhandel anzuwenden lassen. Auf erfolgreiche Beschwerde des Kohlenhandels hiergegen, hat nun der Reichswirtschaftsminister soeben die grundlegende Entscheidung gefällt, daß die Syndikate der Kohlenwirtschaft der Verpflichtung unterliegen, Sperren und sperrenähnliche Maßnahmen (Strafen) nur verhängen zu dürfen, wenn sie in jedem einzelnen Falle vorher die ausdrückliche Genehmigung des Reichswirtschaftsministers eingeholt haben. Es heißt dann wörtlich weiter, daß auch „das Rheinische Braunkohlen-Syndikat in der Anwendung der Strafklausel des § 19 seiner Bedingungen dementsprechend beschränkt ist“.

Badisch-Rheinische Sparkassenwoche. In der Zeit vom 13. bis 17. April 1931 hat in Mannheim im Gebäude der Handelshochschule ein vom Badischen Sparkassen- und Giroverband für die leitenden Sparkassenbeamten in Baden und der badischen Pfalz veranstalteter Fortbildungskurs stattgefunden, an

dem etwa 60 Herren teilnahmen. Die Veranstaltung wurde durch ein Referat des Vorsitzenden des badischen Verbandes, Präsidenten Dr. Gugelmeier (Mannheim), über „Spartakassen und Fremdenverkehr“ eröffnet. In der Hauptsache bildeten spartakassenpraktische Fragen Gegenstand der Unterweisung; daneben wurden auch Fragen allgemeiner Natur, soweit sie wirtschafts- oder finanzpolitisch für die Spartakassenleiter von Interesse sind, behandelt. Ein Nachmittag war der Besichtigung des Großkraftwerks gewidmet. Den Abschluß bildete ein kleiner Ausflug in die benachbarte Pfalz.

Zellstoff-Waldhof AG., Mannheim-Waldhof-Berlin. Die der „N. Bad. Landesztg.“ von der Verwaltung mitgeteilt wird, ist es bisher immer noch nicht möglich, irgendwelche Angaben über die voraussichtliche Höhe der Dividende (i. B. 12 Proz.) zu machen. Die maßgebende Bilanzprüfung des Aufsichtsrats wird vermutlich erst Mitte Mai stattfinden, während sie in den Vorjahren bereits Ende April oder Anfang Mai abgehalten wurde.

Badische Affecuranz-Gesellschaft AG., Mannheim. Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1930 eine Dividende von 7,50 RM. (wie im Vorjahre), gleich 10 Prozent pro Aktie, vorzuschlagen.

AG. für Zellindustrie vorm. Ferdinand Wolff, Mannheim-Neckarau. Die Gewinn- und Verlustrechnung per 1930 schließt mit einem Gewinnbetrag von 30 141 (i. B. 122 338) RM. ab. Es soll der Generalversammlung am 27. Juni vorgeschlagen werden, den Betrag vorzutragen (i. B. nach 6 v. H. Dividende und Vortrag von 28 345 RM.).

Pforzheimer Bankverein AG. Der Bericht hebt hervor, daß die Pforzheimer Schmudwarenindustrie von der allgemeinen Depression stark betroffen wurde, bei teilweise erheblichen Umsatzzwängen infolge Währungsrisiken in einigen Hauptabgabengebieten, wie Südamerika, Spanien u. a. Daneben drohten die überall bestehenden Zollschranken den Export. Der Reingewinn bleibt mit 41 171 (i. B. 58 436) RM. hinter dem des Vorjahres zurück. Die Dividende beträgt diesmal nur 7 (8) Prozent auf 500 000 RM. Aktienkapital, bei 165 000 (145 000) Reserven. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluß und wählte neu an Stelle des verstorbenen Bankdir. D. Weis Herrn Dr. Paul Gentsch (Deutsche Effekten- und Wechselbank) in den Aufsichtsrat.

Allgemeine Gold- und Silber-Scheideanstalt Pforzheim. In der Generalversammlung am Mittwoch waren 2076 Stimmen bzw. 415 400 RM. Aktienkapital vertreten. Die Vorschläge des Aufsichtsrats wurden einstimmig angenommen. Demnach gelangt eine Dividende von 7 1/2 Proz. zur Verteilung. Die auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder, Geh. Bergrat Prof. Dr.-Ing. C. Schiffner und Fabrikant Bernhard Förster, wurden wiedergewählt.

Zur Insolvenz Adolf Kahn. Über die Schwierigkeiten des Adolf-Kahn-Konzerns in Berlin wird von den Duisburger Firmen Theodor Lucas & Co. und Deutsche Kelleidungsgesellschaft m. b. H. mitgeteilt, daß nach Anweisung des für die Sanierungsarbeiten beauftragten Ausschusses die dem Konzern angehörenden Verkaufsbüro unverändert weitergeführt werden.

Erleichterungen der Futtergersteinfuhr in Verbindung mit dem Bezug von Kartoffelflocken. Die deutsche Getreidehandels-gesellschaft gibt mit Zustimmung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft Kartoffelflocken bis auf weiteres zum Preise von 185 RM je Tonne (Wasserküste) mit Gerstebzugschein im Verhältnis von einem Teil Kartoffelflocken zu zwei Teilen Gerste für Mai-Vieferung ab; der Absatz für diese Kartoffelflocken bleibt auf gewisse Schweinemastgebiete beschränkt.

Die französischen Einfuhrzölle für Roggen und Roggenmehl. Das Pariser „Journal Officiel“ veröffentlicht ein Dekret, das die Einfuhrzölle für Roggen auf 35 Fr. pro Doppelzentner und für Roggenmehl auf 70 Fr. pro Doppelzentner festsetzt.

Erste badische Naturweinversteigerung 1931. In Offenburg fand am Dienstag die erste Versteigerung des Verbandes Deutscher Naturweinversteigerer (Verband Badischer Naturwein-

versteigerer) im Jahre 1931 statt. Die 2. Versteigerung findet am 12. Mai in Karlsruhe, die 3. am 29. Mai auf Schloß Fremersberg bei Baden-Baden statt. Das Angebot war sehr reichlich, die Qualität, auch des Jahrganges 1930, sehr gut. Jedoch war die Kauflust außerordentlich gering. Viele Posten wurden von der Versteigerung zurückgezogen, da die Gebote die erwarteten Preise nicht erreichten. Im einzelnen hörte man für Weißweine folgende Preise pro Hektoliter: Zeller Burgunder 78, Diersburger Weißherbst 70, Blauenhornerberger Weißherbst 85 und 90, Waldburger Pfarrberg Spätburgunder Weißherbst 80, Durbacher Klingelberger 120, Waldburger Pfarrberg Riesling 100, Durbacher Gledener 110 bis 120, Durbacher weißer Bordeaux 128 Reichsmark. In Flaschen: Oberrotweiser Elsbauer 2,70, Fahrenberger Ruländer 2,50, Blauenhornerberger Ruländer 1,10 und Zeller Gledener 1,50 Reichsmark. Für Rotweine wurden genannt pro Hektoliter: Affentaler Beerwein 80, Schloß Staufenberger Burgunder 200 Reichsmark, und pro Flasche: Blauenhornerberger Spätburgunder 1,50 Reichsmark.

Staatsanzeiger

Lotterie. Dem Münsterbauverein in Freiburg wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Lotterie erteilt. Karlsruhe, den 23. April 1931. Der Minister des Innern J. B. Weigel.

Rosvertrieb. Dem bayerischen Landesverein vom Roten Kreuz in München wurde die Erlaubnis zum Rosvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 27. April 1931. Der Minister des Innern J. B. Weigel.

Badische Landesbibliothek Zugangsauswahl Oktober 1930 bis März 1931

Die Landesbibliothek kann von jedem erwachsenen Landesinwohner kostenlos benutzt werden. Die Zuwendung geschieht postfrei; die Rücksendung zahlt der Entleiher. Die Landesbibliothek umfaßt die wichtigsten Zweige der Wissenschaft, schließt aber enge Fachschriften und bloße Unterhaltungsbücher aus. Die auf Baden bezüglichen Schriften werden möglichst vollständig gesammelt und deshalb hier nur ausnahmsweise angeführt. — Die Einfindung solcher Schriften ist willkommen. — Die Badische Landesbibliothek umfaßt jetzt 295 150 Bände.

IV.

M. Erb- und Länderkunde. N. Reisen.

A. Albach, Oberpfälzens heutige Gestalt. 1929. G. Braun v. Stumm, Das Saargebiet des Friedensvertrages von Versailles. 1928. Elschlag-Hand, Köthlinger Heimat. Monatschrift. 1930. A. Fleischmann, Das Industriegebiet des Württemberg. Unterland. 1930. R. Günz, Koralbergs geograph. Einheiten. Das österr. Bodenseengebiet. 1929. A. Heltner, Grundzüge der Länderkunde. 1930; Die Klimate der Erde. 1930. G. Köndler, Wirtschafts- und Siedlungsgeographie des nordöstlichen Schwarzwaldbes. 1930. Fr. Meß, Das Tauberland; Die Hauptstädte. 1930. E. G. Möller, Wirtschaft des Schwarzwaldbes. [1930]. Oberamt-Weschners. 11. Leonberg. 1930. G. von L. Goldstein, Der Rhein. Sein Lebensraum. Gg. von Karl Hausdörfer. 1930. B. Raßbach, Deutschtum in Ost. 1928. R. Scheffmeier, Die Folgen der neuen Grenzziehung für Baden. 1930. R. Schröter, Das Anbaugebiet des nordwestl. Württemberg. 1930. Herm. Wagner-

Gedächtnisschrift. Ergebnisse und Aufgaben geograph. Forschung. 1930. E. Wunderlich, Der Württemberg. Schwarzwald im Kartenbild. 1931.

V. Breiffuß, Die Erschließung des eurasiatischen hohen Nordens. 1930. J. Breithaupt, Mit „Graf Zeppelin“ nach Süd- und Nordamerika. 1930. M. Djabri, Die türkische Volkswirtschaft, landwirtschaftl. Verhältnisse. 1929. F. Jaeger und L. Baibel, Beiträge zur Landeskunde von Südwestafrika. 1921. W. Judeich, Topographie von Argentinien, Brasilien, Chile. 1930. S. Madroth, Das Deutschtum in Griechenland. 1930. E. Marcus, Palästina, ein werdender Staat für das jüdische Volk. 1929. B. Tuder-mann, Länderkunde der Niederlande und Belgiens. 1931.

Q. Deutsche Literatur. Deutsche Volkskunde.

R. A. Goldschmidt, Der kluge Zeitgenosse. Aus dem Irrgarten der Kritik. 1930. Goethe als Seher und Erforscher der Natur. Hg. von Joh. Walther. 1930. Briefwechsel Goethes mit Wilh. und Alex. von Humboldt. Hg. von Ludw. Geiger. 1909. A. v. Golman, Kind und junger Mensch in der Dichtung der Gegenwart. 1930. R. Hein, Goethes 1792 in Lugzburg. 1925. R. Hunziker und R. Schaffner, August Corrodi als Dichter und Maler. 1930. R. von Kraus, Über Wolframs Parzival. 1928. Deutsche Literatur. 9. I. A. E. Berger, Grundzüge ebang. Lebensforschung nach ausgem. Schriften Luthers; 13. II. Ordensdrama. Hg. von W. Flemming; 14. II. Das Weltbild der deutschen Aufführung. Hg. von F. Brügemann; 17. XIV. Märchen der Romantik. Hg. von Andreas Müller. 1930. Philosophie der Literaturwissenschaft. Hg. von E. Ermatinger. 1930. W. E. Defferting, Geschichte der Literatur in Baden. I. 1930. M. Höchner, Gg. Gottfried Herbinus. 1922. R. Sabath, Der Jude in der dramatischen Gestaltung. 1930. P. Scherrer, Thomas Müntzers Verhältnis zum Humanismus. 1929. Ch. Semran, Dido in der deutschen Dichtung. 1930. Die Brüder Stöber und Gustav Schwab. Briefe. Hg. von Karl Walter. 1930.

R. Weich, Menschen im Föhn. Roman. (1930). G. Vieher-Gärtl, Gutenbergs Schöpfertraum. Erzählung. 1930. G. Wurtz, Skizze vor Gericht. Drama. 1930. W. Goldschmidt, Reutart Eberhards Wallen und Weilen. 1930. Joh. Göttes, Rheinischer Merkur. 1928. Joh. Christ. Günther, Sämtl. Werke. I. Liebesgedichte. 1930. E. Kieffer, Anthologie junger nationaler Briefe. 1930. G. Chr. Richtenberg, Gedanken, Satiren, Fragmente. Hg. von W. Herzog. 1907. Chr. Morgenstern, Gedichte von Erde und Sonne, ausgewählt von F. Döbinger. 1925. G. Rollenhagen, Spiel von Tobias, 1576. Hg. von Joh. Volte. 1930. J. B. v. Schöffel, Irene von Spilimberg. Unvollend. Roman. Hg. von Fr. Panzer. 1930. Anna Seibert, Auf allen Wegen ewiges Licht. Gedichte. 1930. Odenwälder Spinnstube. Volkslieder. Hg. von Fr. Krapp. 8. Aufs. von O. Weisinger. 1929. F. Sturm, Winterjonnensende. Weihnacht in Ried. 1931. G. Kartisch, Gustav Adolf. Christ und Held. Erzählung. 1930. Elisabeth Walter, Abenteuerliche Reise des kleinen Schmiedelid mit den Zigeunern. 1930. Bruno Winler, Der Stern von Wiff. Roman. 1930.

R. Uberg, Nordische Ornamentik in vorgezeichnet. Zeits. 1931. Arbeiten zur Volkskunde und zur dt. Dichtung. Festgabe f. Friedrich Panzer, Hg. von Eugen Fehle. 1930. Deutschkundliche. Friedr. Panzer zum 80. Geburtstag. Hg. von S. Teske. 1930. Grenz- und Ausland-deutschtum. I. Deutschtum im Osten. 1929. Fricger, Die deutsche Helensage. 1906. G. Piemer, Das Geld, Beitrag zur Volkskunde. 1930. Karl Schmidt, Hausnamen und Hauszeichen im mittelalterlichen Freiburg. 1930. W. Stammler, Germanisches Fährtenmal. 1931. Deutsche Volkheit. 65. Chlodowech und seine Söhne, bearb. von S. Zimmering. 1929; 68. S. Lübking, Seibinger, Fricien, Dith-marischer. Freistampfe niederb. Bauern. 1929; 70. G. Dorlowitz, Das Leben Friedrichs des Weissen, Kurf. von Sach-sen. 1929; 73. S. Kern, Ernst Moritz Arndt. 1930. J. Weis-gert, Untergang der Dorfkultur. 1930.

(Nachdruck ganz oder teilweise erwünscht.)

Unserm großen Neubau
gilt auch der
Vierte Bazar
am Freitag, den 1. und Samstag, den 2. Mai 1931, in den Räumen unseres Mutterhauses, Sophienstraße 55 L. 164
Eröffnung: Freitag, den 1. Mai, vormittags 9 Uhr
Ausklang:
Kirchenmusikalische Abendfeier
am Sonntag Cantate, den 3. Mai, abends 8 Uhr, in unserer Kapelle
Jeder Beitrag ist dankbar willkommen
Herzlich ladet alle ihre Freunde ein die
Ev. Diakonissenanstalt Karlsruhe

Reichsunfallversicherung
Berufsgenossenschaft d. Feinmechanik u. Elektrotechnik
Sektion 8 Karlsruhe (Baden)
An unsere Mitglieder!
Wir laden Sie zu der am Montag, den 18. Mai 1931, mittags 12 Uhr, im Kurhausrestaurant Baden-Baden stattfindenden
Sektionsversammlung
mit folgender Tagesordnung ein: S. 163
1. Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung.
2. Geschäftsbericht für das Jahr 1930.
3. Prüfung und Abnahme der Rechnung für das Jahr 1930.
4. Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses für 1931.
5. Vorschlag für das Jahr 1932.
6. Bestimmung des Ortes der nächsten Sektions-versammlung.
7. Verschiedenes.
Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik Sektion 8
Der Vorstand:
Willi Reine.

Polizeibeamtenstelle
Die planmäßige Stelle eines Polizeiwachmeisters ist alsbald zu besetzen.
Bewerber, welche die staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht oder die vom Ministerium des Innern festgesetzte Mindestdienstzeit von 5 Jahren bei der staatlichen Ordnungspolizei oder Gendarmerie zurückgelegt haben, wollen Bewerbungen mit Lichtbild, eigenhändig geschriebenem Lebenslauf, Führungszeugnissen und sonstigen Vorbildungsnachweisen bis spätestens 31. Mai 1931 dem Unterzeichneten einreichen. S. 162
Walldorf (Baden), den 29. April 1931.
Der Bürgermeister:
Trunf.

Badisches Landestheater
Freitag, den 1. Mai 1931
* F 28 (Freitagmiete)
Th.-Gem. 401-600 und 701-800
Wilhelm Tell
Von Schiller
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Vertram, Ermatinger, Frauen-dorfer, Genter, Schreiner, Seiling, Bauer, Gebeisen, Baumbach, Dahlen, Graf, Herz, Hietl, Höder, Hopf, Just, O. Niensch, G. Niensch, Kloeble, Kuhne, Meiner, Müller, Prüter, Schulze, v. d. Trend, Froh-

Nadelholz-Freihandverkauf
des bad. Forstamts Randern: 2066 fm in 16 Losen. Aus-lunft und Losverzeichnisse durch das Forstamt. Re-ster Angebotsstermin: 13. Mai 1931. S. 429.
Die Firma Bau- und Holzindustrie G. m. b. H. in Karlsruhe, wurde am 31. Januar 1930 aufgelöst. Gläubiger wollen sich beim Liquidator Hermann Leisch, Karlsruhe, Guntersftr. 14 melden. S. 428.
Druck G. Braun, Karlsruhe.

Öffentliche Verbandspartasse Meersburg
Bilanz per 31. Dezember 1930

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Rassenbestand	10 696,36	Spareinlagen	1 308 430,94
Guthaben b. d. Bad. komm. Landesbank	69 744,42	Giroeinlagen	69 812,76
Guthaben b. Banken und Postsparkasse	47 040,69	Rontokorrenteinlagen	60 408,50
Beihilfebestand	22 071,55		
Kontokorrentkredite	157 307,50	Spareinlagen	407 788,67
Hypothekendarlehen	983 194,82	Guthaben von Banken	5 824,63
Gemeindedarlehen	119 349,44	Rücklagen	65 145,88
Einlage beim Spargiro-Verband	35 200,-	Reingewinn vom Jahr 1930	18 081,83
Grundstücksaufgelber	16 310,-		
Schuldenscheindarlehen	106 121,91		
Einnahmerückstände	54 295,16		
Aufwertungsforderungen	265 823,-		
Aufwertungs-Abrechnungs-konto	45 186,97		
Betriebskosten und sonstige Vorrisse	100,41		
Gerätschaften	1,-		
	1 935 443,23		1 935 443,23

Berechnung der Rücklage:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 378 243,70 RM Einlagen = 110 259,44 RM
Auf 31. Dezember 1930 beträgt die Rücklage = 83 177,71 RM
mithin Fehlbetrag zur Rücklage = 27 081,73 RM
Meersburg, den 25. April 1931. S. 430
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Dr. Röll. Der Geschäftsführer: R. a. g.

Wir werben für Sie!